

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | März 2020 | Nummer 1



Minderheiten in China

Die Unterdrückung bestimmt das alltägliche Leben der Uiguren in Ostturkestan

Zwischen einer und drei Millionen Menschen werden gemäss Schätzungen in Zwangslagern in Ostturkestan (chin. Xinjiang) festgehalten, die meisten davon Uiguren. Das enthüllten im November 2019 die «China Cables» - ein Leak von geheimen Dokumenten der chinesischen Regierung. Die GfbV fordert gemeinsam mit anderen Organisationen sofortige und deutliche Massnahmen, sowohl von der Schweizer Regierung als auch von Firmen, die vor Ort involviert sind.

«Wir wussten, was passiert, denn alle Exiluguren hatten dasselbe Problem: Unsere Familien verschwanden», sagte Dolkun Isa, der Präsident des uigurischen Welt-

kongresses, der auf Einladung der GfbV Ende November 2019 die Schweiz besuchte. Die «China Cables» beweisen erstmals die Existenz von Zwangslagern in Ostturkestan, in denen von einer bis zu drei Millionen Uiguren gegen ihren Willen festgehalten und teilweise zu Zwangsarbeit gezwungen werden. Auch für Uigurinnen und Uiguren ausserhalb der Lager ist die Situation kritisch. Sie werden lückenlos überwacht: Wer sich «auffällig» verhält, muss Konsequenzen fürchten. Als auffällig gelten bereits Menschen, die einen Bart oder ein Kopftuch tragen oder die in den 1980er oder 1990er Jahren geboren worden sind. Kontakt mit Familienmitgliedern ausserhalb Chinas ist fast unmöglich und mit grossen Risiken verbunden.



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**



Chinas Regierung streitet jegliche Vorwürfe auch nach der Veröffentlichung der «China Cables» ab. Lange Zeit verkündeten Regierungsvertreter, dass es keine Lager gäbe, danach war die Rede von Bildungscamps und von Massnahmen, um Terrorismus und Separatismus in der Region zu bekämpfen. «China wechselt ständig das Narrativ», sagt Isa. «Vor 9/11 wurde nie von Terrorismus gesprochen. Nach den Anschlägen in New York wurden wir über Nacht zu Terroristen erklärt, weil auch wir Muslime sind.»

Eine Kultur soll ausgelöscht werden

Seit der Besetzung Ostturkestans durch China 1949 wurden die Grundrechte der uigurischen Bevölkerung immer wieder verletzt. Unter Xi Jinping, Chinas Präsident seit 2013, wurde die Situation jedoch noch kritischer, die Unterdrückung stärker, offener. Auch die tibetische Gemeinschaft bestätigt, dass China die Auslöschung der tibetischen Kultur immer weiter vorantreibt. Kelsang Gyaltzen, ehemaliger Special Envoy S.H. des Dalai-Lama, ergänzte bei der Podiumsdiskussion in Bern: «Wenn wir die Ressourcen Chinas anschauen, dann können wir davon ausgehen, dass China seine Assimilierungsziele erreichen könnte und einen kulturellen Genozid begeht.»

Unter dem Vorwand des Terrorismus und Separatismus bekämpft China jegliches zivilgesellschaftliche Engagement. So wurde der angesehene uigurische Wirtschaftswissenschaftler Ilham Tohti 2014 aufgrund obskurer Vorwürfe zu lebenslanger Haft verurteilt. Tohti hatte sich seit Jahrzehnten für Dialog zwischen der uigurischen Bevölkerung und der chinesischen Regierung eingesetzt. Auch andere zahlreiche uigurische Akademiker und Akademikerinnen verschwinden und werden unter dem Vorwand, ein Berufsbildungsprogramm zu besuchen, in Lager gebracht, genauso

Dolkun Isa forderte in Bern die Schweizer Regierung und Behörden auf, ihre engen wirtschaftlichen Handelsbeziehungen mit China zu überdenken.

wie viele ältere Menschen. «Meine Mutter war 78 Jahre alt, eine pensionierte Krankenschwester. Wozu ein Bildungstraining bei ihr?» fragt Isa. Ein Studienfreund von ihm sei nur neun Monate nach seiner Inhaftierung in einem Camp verstorben. Auch in den Exilländern sind uigurische und tibetische Menschen nicht sicher vor Überwachung durch die chinesische Regierung. Viele fürchten sich davor, Aktivismus zu betreiben – das könnte Konsequenzen haben für Verwandte in Tibet oder Ostturkestan. Dolkun Isa selbst erlebte mehrere Versuche der chinesischen Regierung, sein Engagement zu verhindern. So wurde er – trotz deutscher Staatsbürgerschaft – in den letzten Jahren in Europa mehrmals verhaftet und festgehalten. Der Grund: China hat ihn aufgrund seines Aktivismus für die Menschenrechte zum Terroristen erklärt. Im Januar 2020 kam es zu weiteren Einschüchterungsversuchen und Diffamierungen (*siehe Editorial*).

Kein Freihandel ohne Einhaltung der Menschenrechte

Die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf die «China Cables» fallen bisher zurückhaltend aus. Sämtliche europäische Regierungen forderten zwar die umgehende Schliessung der Lager und dass die UNO Zugang zum Gebiet erhält. Weitere Massnahmen möchte aber bisher niemand ergreifen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu China sind zu wichtig.

Auch die Schweiz zeigt sich zurückhaltend – so wird der starke Einfluss Chinas und die besondere Nähe der beiden Staaten spürbar. Seit 2013 hat die Schweiz – im Gegensatz zur EU – ein Freihandelsabkommen mit China. Die GfbV konnte im Bericht «Chinas

langer Schatten» 2018 aufzeigen, dass unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens die Meinungs- und Bewegungsfreiheit der Exiltibeterinnen und -tibeter eingeschränkt wurde.

«Die Schweiz muss sich für die Uiguren und Tibeter einsetzen, auch wenn es wirtschaftliche Konsequenzen haben könnte. Die Menschenrechte haben Vorrang», sagt Angela Mattli, Kampagnenleiterin der GfbV. Die GfbV forderte gemeinsam mit anderen Organisationen die Sistierung des Freihandelsabkommens, bis die uigurischen Lager geschlossen sind (siehe Kasten). Zu gross ist die Gefahr, dass Produkte aus Zwangsarbeit auf den Schweizer Markt gelangen, die im Rahmen des Freihandelsabkommens noch Zollvergünstigungen erhalten.

Kein «Business as usual»!

Zudem hat der Bundesrat zugesichert, die Road-and-Belt-Initiative der chinesischen Regierung mitzutragen. Diese sieht eine Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und China vor, um Unternehmen beim Aufbau von Infrastruktur in Drittländern, insbesondere in Zentralasien, zu unterstützen. Das vorab geforderte Bekenntnis zu Menschenrechten und dem Schutz von Minderheiten bleibt China der Schweiz schuldig. Die Absichtserklärung wurde im April 2019 trotzdem unterzeichnet.

Ebenso haben Schweizer Firmen, die in Ostturkestan tätig sind, sicherzustellen, dass ihre menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung eingehalten wird. Gemäss den «China Files» sind gegenwärtig 68 europäische Konzerne in Xinjiang tätig. Darunter auch Schweizer Unternehmen wie ABB, Chubb, Nestlé, Louis Dreyfus, Roche, Novartis, oder SwissRe. Besonders pikant sind in diesem Zusammenhang auch die Investitionen der Schweizer Grossbank UBS in die chinesische Firma Hikvision. Diese stellt Überwachungstechnologien her, die direkt zur Überwachung der uigurischen Bevölkerung in China angewendet werden.

Text: **Corinne Bächtold** GfbV-Praktikantin Kommunikation

FORDERUNGEN DER GFBV

- Das Freihandelsabkommen mit China soll sistiert werden, bis die uigurischen Lager geschlossen sind
- Der Bundesrat soll die Road-and-Belt-Initiative nicht weiter mittragen, solange die menschenrechtliche Situation der tibetischen und uigurischen Bevölkerung nicht umfassend und nachweislich verbessert wird
- Schweizer Firmen, die in der Region investieren oder sonst tätig sind, müssen dringend ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen
- Die Schweiz muss die uneingeschränkte Meinungsfreiheit zur Situation in Tibet und Ostturkestan gewährleisten und die betroffenen Minderheiten hierzulande schützen



Editorial

«Zum ersten Mal seit dem Tod meiner Mutter in einem Zwangslager bekomme ich Neuigkeiten über meine Familienmitglieder in Ostturkestan», schreibt der Präsident des Uigurischen Weltkongress (WUC), Dolkun Isa, in einer Medienmitteilung. Das klingt wie ein Grund zur Freude, denn der im Exil lebende Isa hat seit 2017 praktisch keinen Kontakt mehr zu seiner Familie. Tatsächlich sind diese Nachrichten aber Teil einer Einschüchterungsstrategie der chinesischen Regierung. Die Familie wird unter Druck gesetzt, um Isa öffentlich zu diffamieren und Fehlinformationen zu verbreiten. «Es ist grausam und unmenschlich von der chinesischen Regierung, den Tod meiner Mutter und meine Verwandte in Ostturkestan auszunutzen, um mich zum Schweigen zu bringen», schreibt Isa weiter.

Doch nicht nur seine Familie in Ostturkestan bezahlt für seinen unermüdlichen Einsatz für die Menschenrechte. Im Januar 2020 wurde Isa in München direkt von zwei Unbekannten angegriffen, die forderten, dass er seine Kritik an China einstellen solle. Nur dank dem sofortigen Einschreiten von Passanten blieb Isa unversehrt.

Diese erschreckenden Vorfälle führen uns deutlich vor Augen: Die Unterdrückung der Uigurinnen und Uiguren spielt sich längst nicht mehr nur in Ostturkestan ab. Auch in Europa und in der Schweiz muss die uigurische Gemeinschaft geschützt werden!

Der WUC hat angekündigt, sich nicht einschüchtern zu lassen. Die GfbV wird weiterhin mit dem WUC und Dolkun Isa zusammenarbeiten und sich für die Menschenrechte der Uiguren in und ausserhalb Ostturkestans stark machen. Das ist möglich auch dank Ihrer Spende oder Mitgliedschaft!

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und eine spannende Lektüre

A. Mattli

Angela Mattli, GfbV-Kampagnenleiterin



P.S.: Erfolge aus dem Jahr 2019 lesen Sie auf Seite 5; oder **besuchen Sie unsere Mitgliederversammlung am 27. Mai**. Mehr Informationen finden Sie auf www.gfbv.ch/veranstaltungen

IMPRESSUM

VOICE 1, März 2020 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch
Redaktion: Corinne Bächtold und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Angela Mattli, Corinne Bächtold, Julia Büsser, Tabea Willi **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 5000 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.-/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.-/Jahr **Titelbildfoto:** Shutterstock

Die Stimmen von Indigenen und Minderheiten

Auch im vergangenen Jahr setzte die GfbV sich gemeinsam mit Vertretenden von Indigenen und Minderheiten auseinander. Hier sind sechs Beispiele von Personen, mit denen wir 2019 zusammenarbeiten durften und deren Stimmen wir hören wollten.



USA – STANDING ROCK

«Die Zusammenarbeit zwischen uns und der GfbV ist ein innovativer Ansatz, der zu mehr Gerechtigkeit und Gleichheit führt. Er fördert den Heilungsprozess der kolonialen Vergangenheit und die Verständigung zwischen Europäern und den indigenen Gemeinschaften Amerikas.»

MICHELLE COOK Indigenen-Anwältin über die Zusammenarbeit mit der GfbV bezüglich der North Dakota Access Pipeline



PERU – GOLD

«Die GfbV ist eine wichtige Organisation für mich und meine Arbeit als Investigativ-Journalist. Ihre Verbreitung der Goldberichte und ihre Analyse über die Bergbauindustrie und deren Verbindungen zum organisierten Verbrechen waren in den letzten Jahren fundamental für Lateinamerika.»

OSCAR CASTILLA peruanischer Journalist über die Kampagne «No Dirty Gold!»



BRASILIEN – AMAZONAS

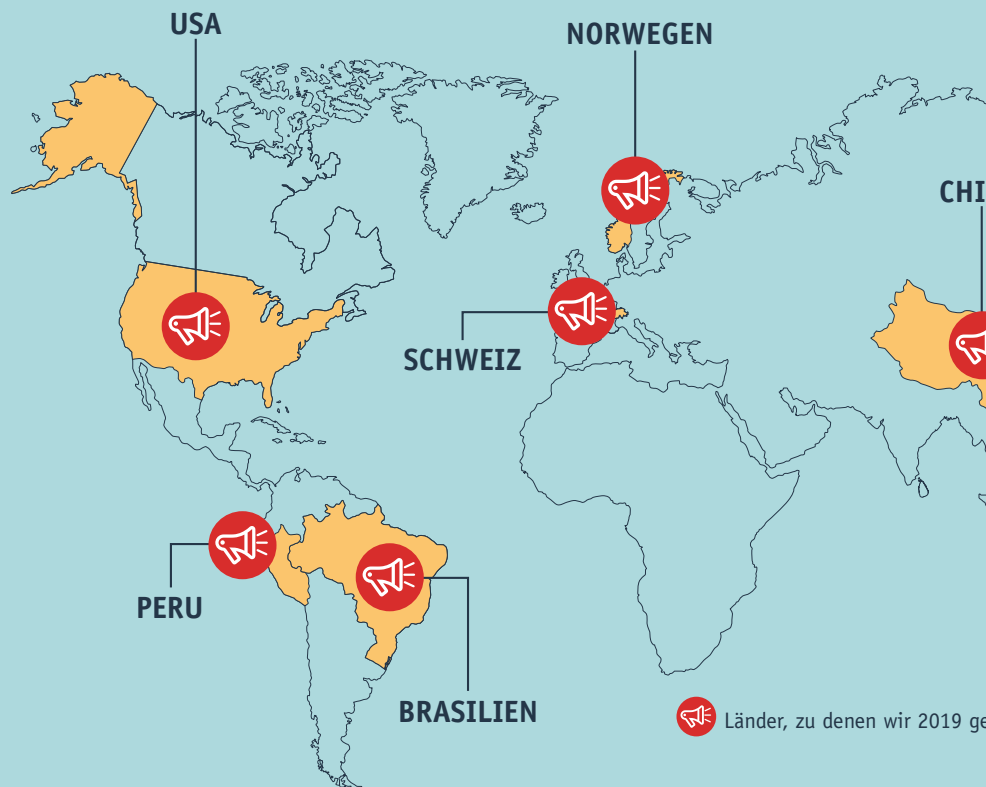
«Was wir heute dringend brauchen ist unser altes Territorium, unser Land. Damit wir mit Stolz mit voller Liebe sagen können: Dieses Land ist unser Land.»

MERCEDES MELLO DE CASTRO indigene Gesundheitsberaterin der Tupinambá Gemeinschaft

NORWEGEN – SAMI

«Die geplanten Minen am Repparfjord wären verheerend für die Rentierzucht und verletzen die Rechte der indigenen Sami.»

SILJE KARINE MUOTKA Sami-Parlamentarierin aus Norwegen



Mehr Stories finden Sie unter: www.gfbv.ch/de/stories

Minderheiten 2019

arbeiten für mehr Menschenrechte ein. Hier sind
den Einsatz uns beeindruckt:



SCHWEIZ – ROMA

«In der Schweizer Gesellschaft ist die jahrhundertalte Verfolgungsgeschichte unserer Minderheiten wenig bekannt – auch weil die Vermittlung der Schweizer 'Zigeunerpolitik' nicht zum obligatorischen Schulstoff gehört.»

.....
RINA CALDARI Roma-Aktivistin über die Problematik des Begriffs «Zigeuner»



CHINA – MINDERHEITEN

«Die Politik der Assimilierung ist zur Politik der Auslöschung geworden. Die chinesische Regierung will die uigurische Identität auslöschen.»

.....
DOLKUN ISA Menschenrechtsaktivist über die Situation der Uiguren in Xinjiang



8

Kampagnen



7

Erfolge



100%

Dankbar

ERFOLGE UND ETAPPENSIEGE 2019:

- **Etappensieg für Indigenenrechte** Nach einem Mediationsverfahren zwischen der GfbV und der Credit Suisse verpflichtet sich die Grossbank, die Indigenenrechte in ihre internen Richtlinien bei Projektfinanzierungen zu übernehmen.
- **Berner Obergericht bestätigt Verurteilung der beiden Co-Präsidenten der JSVP Bern wegen Rassismus** Die GfbV war Mit-Klägerin. Gegenstand war ein rassistischer Facebook-Post gegen Roma.
- **Schritt für mehr Transparenz im Goldgeschäft** Die Zollbehörde genehmigt den Antrag der GfbV auf Einsicht in die Goldimporte. Die Raffinerien erheben allerdings Einspruch.
- **Indigenes Blut – kein Tropfen mehr** Die GfbV begleitete im November 2019 eine indigene Delegation aus Brasilien in der Schweiz.
- **Tupinambá-Crowdfunding** Einen Monat lang sammelt die GfbV Geld, damit die Tupinambá im brasilianischen Regenwald ihr Gebiet demarkieren können. Dabei kommen 8'500 Franken zusammen!
- **Berner Polizeigesetz** Die umstrittenen Artikel zur Wegweisung von Fahrenden treten noch nicht in Kraft – dank einer Beschwerde der GfbV und Fahrenden-Verbänden.
- **Die Raffinerie Metalor zieht sich aus dem Kleinbergbau zurück** Eine kurzfristige Lösung, doch langfristig müssen die Bedingungen im Kleinbergbau verbessert werden.



All unsere Erfolge im Detail finden Sie hier:
www.gfbv.ch/de/uber-uns/was-wir-tun/#erfolge

Our Ocean, our life! Rechte für Küstengemeinschaften

FOTO: KARL-HEINZ RAACH



Für viele indigene Küstengemeinschaften sind die Ozeane nicht nur Lebensgrundlage, sondern auch ein Teil ihrer Identität und ihrer Traditionen.

Übersäuerung, Anstieg des Meeresspiegels, Überfischung: Es steht nicht gut um die Weltmeere, dies ist inzwischen weitem bekannt. Was jedoch bei den Debatten rund um den Zustand der Ozeane meist nicht thematisiert wird, ist die soziale Dimension dieser Probleme.

Die Ozeane haben eine wichtige Bedeutung für zahlreiche Küstengemeinschaften, die direkt von einem intakten Meeresökosystem abhängig sind. Auch viele indigene Gemeinschaften und ethnische Minderheiten leben schon seit Generationen eng verbunden mit den Küsten und dem Meer. Der Fischfang bietet ihnen nicht nur eine wichtige Ernährungsgrundlage und Einkommen, sondern hat auch eine tiefe kulturelle Bedeutung für sie.

Die Küstengemeinschaften leiden aber nicht nur unter den Folgen des Klimawandels und dem damit verbundenen Meeresspiegelanstieg und dem Biodiversitätsverlust. Eine zusätzliche Bedrohung stellt die zunehmende wirtschaftliche Nutzung der Küsten und der Meere dar. Zwischen den grossen Hotelkomplexen, der expandierenden Küsteninfrastruktur und Minen müssen die Küstengemeinschaften sich den Zugang zu ihrem seit Generationen für den Fischfang genutzten Territorium hart erkämpfen oder er bleibt ihnen ganz

verwehrt. In vielen Gegenden führen solche Entwicklungen zu einer Verdrängung der Küstengemeinschaften. Betroffen sind lokale Gemeinschaften auf der ganzen Welt. Von den Inuit am Polarkreis bis zu Indigenen in Papua-Neuguinea, im südlichen Pazifik.

Dies wurde auch deutlich, als die GfbV im letzten Herbst an zwei Konferenzen zum Thema des nachhaltigen Umgangs mit den Weltmeeren teilgenommen hat. Die Probleme sind verschieden ausgestaltet, aber überall wird den betroffenen Gemeinschaften das Recht auf Selbstbestimmung und Mitsprache verwehrt.

Von Alaska bis Papua-Neuguinea

In Alaska zum Beispiel wehren sich die indigenen Gemeinschaften rund um die Bristol Bay gegen eine geplante Kupfer- und Goldmine, die eine grosse Gefahr für die Lachsbestände darstellen würde. Der Lachsfang ist ein fundamentaler Bestandteil ihrer Kultur und eine wichtige Einnahmequelle. Die geplante «Pebble Mine» würde die indigene Kultur in diesem Teil Alaskas bedrohen. Trotz starker Opposition der lokalen Bevölkerung, insbesondere der indigenen Gemeinschaften, wird das Projekt vorangetrieben. Noch dieses Jahr soll entschieden werden, ob die Mine gebaut werden darf.

Am anderen Ende des Pazifik ist eine Erfolgsgeschichte zu vermelden: Unter anderem aufgrund des massiven Widerstands der lokalen Küstengemeinschaften musste das geplante Tiefseebergbauprojekt «Solwara 1» vor den Küsten Papua-Neuguineas zurückgezogen werden. Die hauptsächlich indigenen Gemeinschaften der Region befürchteten schwere Auswirkungen auf das Ökosystem und eine Abnahme der Fisch- und Haibestände. Der indigene Aktivist Jonathan Mesulam meinte im Interview mit dem «Business and Human Rights Resource Center» (BHRRC): «Wenn diese Tiefsee-Minemaschinen erst einmal in Betrieb sind, werden sie die Haie erschrecken und vertreiben.» Schon bei den Vorerkundungen des Gebiets durch das Minenunternehmen stellten die lokalen Gemeinschaften eine Veränderung im Verhalten der Haie fest. Das «Shark-Calling», also das zeremonielle Anlocken von Haien mittels Klängen von Muscheln und Kokosnüssen, ist tief verankert in der Tradition der lokalen Indigenen. «Wie ich immer wieder sage, wenn wir unsere Kultur verlieren, verlieren wir unsere Identität», betont Mesulam gegenüber BHRRC. Durch den Tiefseebergbau wäre nicht nur diese Tradition in Gefahr, die Gemeinschaften wären auch in ihrer Existenz bedroht, da Fische und Haie eine wichtige Nahrungsquelle für sie darstellen. Die Bedrohung der Indigenen in der Region durch den Tiefseebergbau ist nicht beseitigt: Zahlreiche weitere Tiefseebergbau-Projekte sind in Planung.

Egal ob am Meer oder im Regenwald: Das Recht der Indigenen Gemeinschaften auf freie, vorgängige und informierte Zustimmung (FPIC) muss bei jeglicher Art von Projekten gewahrt werden, die eine Beeinträchtigung der lokalen indigenen Bevölkerung darstellen. Dafür steht die GfbV auch in Zukunft ein.

Text: **Tabea Willi** GfbV-Kampagnenleiterin

Wie Indigene mit Pinsel und GPS den Amazonas schützen



FOTO: THOMAZ PEDRO

Für die Kennzeichnung ihres Gebiets markieren die Tupinambá Bäume und stellen Schilder auf.

Die Demarkierung indigener Territorien bildet die Voraussetzung, damit indigene Gemeinschaften in Brasilien ihren Lebensraum, den Regenwald und so auch das Klima schützen können. Darum unterstützt die GfbV die Tupinambá und Mundurukú im Bundesstaat Pará bei dieser schwierigen Arbeit – zum Beispiel mit einem erfolgreichen Crowdfunding im Dezember 2019. Doch der Kampf um indigenes Land ist noch lange nicht fertig.

Es ist eine beschwerliche und gefährliche Arbeit: Etwa zwei Wochen lang ist eine Gruppe der Tupinambá im Tapajós-Becken im tiefsten brasilianischen Amazonas zu Fuss und mit dem Boot unterwegs. Ausgerüstet sind sie mit Lebensmitteln, Farbe, GPS und mit Messern, um sich einen Weg durch das Dickicht zu bahnen. Ihr Ziel: Der Schutz ihres Territoriums.

Die Tupinambá brechen mehrmals pro Jahr zu dieser Mission auf, bei der sie Bäume markieren und an für sie bedeutungsvollen Stellen Schilder mit der Aufschrift *TI terras indígenas* aufstellen. Die Daten der Standorte tragen sie per GPS in eine Kartographierungs-App ein, um so ihr gesamtes Territorium zu erfassen. Die Markierung soll illegale Eindringlinge abhalten.

Von diesen gibt es viele: Illegale Goldsucher, Holzfäller und Soja-Bauern dringen zunehmend in das Gebiet der Tupinambá ein. Zwei Holzfirmen konnten zurückgedrängt werden, doch es gibt bereits neue Projekte wie eine Strasse durch das Gebiet oder den Bau einer Sägerei. Zudem plant die Regierung den Rio Tapajós, der für die Indigenen heilig ist, zu vertiefen und auszubaggern. So können ihn mehr Schiffe befahren und mehr Soja transportieren. Dadurch wird der Fluss verschmutzt und die Fauna stirbt aus.

«Wir demarkieren unser Land, um es zu bewahren und mehr Sicherheit zu haben», sagt Cacique Braz aus São Francisco, das Oberhaupt der Tupinambá. Die Tupinambá wollen die Zerstörung ihres Lebensraums nicht hinnehmen. Deshalb wollen sie jetzt möglichst schnell die Demarkierung abschliessen. Die GfbV hat kürzlich dazu beigetragen und unterstützt das Demarkierungsprojekt via ein Crowdfunding mit über 8000 Franken.

Text: **Julia Büsser** GfbV-Kampagnenleiterin

Norwegen: Beschwerde gegen BKW

Die GfbV hat beim Schweizer Kontaktpunkt (NKP) für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen eine Beschwerde gegen die Berner Kraftwerke (BKW) eingereicht. Grund dafür sind Investitionen der BKW in ein umstrittenes Windenergieprojekt in Norwegen, welches die Indigenen-Rechte der Südsami mit Füßen tritt.

«Es darf nicht sein, dass die Energiewende auf Kosten der indigenen Gemeinschaften geht», sagt Angela Mattli, Kampagnenleiterin der GfbV. Trotz Protesten der Sami und einer noch hängigen Klage wurde letzten Herbst die Windanlage in Storheia fertig gestellt. Das Gebiet wird von den Sami traditionell als Weide- und Kalbungsland für die Rentierzucht genutzt. Diese ist jetzt bedroht – und dadurch auch der Lebensunterhalt der betroffenen Sami auf der Fosen Halbinsel Norwegens. «Wenn ich meine Rentiere aufgeben müsste, würde ich krank werden. Sterben.» sagt Leif Arne Jåma, ein betroffener Rentierzüchter aus Storheia.

Die BKW hat zusammen mit vier institutionellen Anlegern einen Anteil von 40 Prozent an der Betreiberin Fosen Vind DA, und zwar über Nordic Wind Power DA, ein von Credit Suisse Energy Infrastructure Partners AG gegründetes europäisches Investorenkonsortium. Mit der Beschwerde beim NKP möchte die GfbV erreichen, dass die BKW ihre internen Richtlinien anpasst und ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflichten verbessert. Die BKW sollen sich bei Investitionsprojekten dazu verpflichten, den «Free, Prior and Informed Consent» der UNO zu berücksichtigen und damit die Mitspracherechte der Indigenen sichern. Zudem soll sie einen Beschwerdemechanismus einführen, den auch lokale und indigene Gemeinschaften nutzen können. Landrechte von Indigenen sollen künftig respektiert werden.

Text: **Corinne Bächtold** GfbV-Praktikantin Kommunikation

«China begeht Verbrechen gegen die Menschlichkeit»



Dolkun Isa vor dem Bundeshaus in Bern. Seit seiner Studienzeit kämpft der Aktivist für die Rechte von Minderheiten in China.

In den 90ern musste Dolkun Isa seine Heimat Ostturkestan (chinesisch Xinjiang) in China verlassen und lebt seitdem in Deutschland im Exil. Im Interview spricht der Präsident des Uigurischen Weltkongresses über die aktuelle Situation.

Dolkun Isa, was wissen wir über die Situation der Uiguren in Ostturkestan?

Die Situation ist sehr kritisch. Seit der aktuelle Präsident Chinas Xi Jinping an die Macht gekommen ist, ist die Unterdrückung schlimmer geworden. Die Politik der Assimilation ist zu einer Politik der Auslöschung geworden. Aus diesem Grund wurden Ende 2016 Lager zur Vernichtung der uigurischen Identität eingeführt. Inzwischen kontrolliert die chinesische Regierung den gesamten Alltag der Uiguren in Xinjiang: Sie entscheidet, was du isst, was du sprichst – ein normales Leben ist nicht mehr möglich. Während den letzten drei Jahren haben wir versucht, die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Doch das war schwierig angesichts des erschwerten Zugangs zu Informationen. Seit 2017 haben wir keinen Zugang mehr zur Region. Die «China Cables» bestätigen, was wir bereits wussten. Dank diesen Beweisen hat die Welt keine Ausreden mehr, zu schweigen.

Was braucht es von der internationalen Gemeinschaft, damit sich die Lage der Uiguren in Ostturkestan verbessert?

Heute sind die Uiguren Thema in der internationalen Gemeinschaft, das ist gut. Das Problem ist aber, dass nur geredet wird. Es ist Zeit, zu handeln. Viele westliche Firmen und Regierungen machen noch immer Geschäfte mit China. Dafür ist nicht der richtige Zeitpunkt! Diese Geschäfte unterstützen die Unterdrückung der uigurischen und tibetischen Bevölkerung. Auch die Zivilgesellschaft kann mehr tun: In China hat sie überhaupt keine Macht, in demokratischen Gesellschaften jedoch viele Möglichkeiten. Wenn die Menschen Druck ausüben auf Firmen und Regierungen, müssen diese handeln.

Nicht nur in China, auch hier fürchten die tibetischen und uigurischen Exilgemeinschaften Überwachung durch China. Was können Sie uns dazu sagen?

Der lange Arm der chinesischen Regierung ist überall. So will China die Exilgemeinschaften dazu bewegen, für die Regierung zu spionieren. Mir sind Fälle auf der ganzen Welt bekannt, auch in der Schweiz: Ein Vertreter der chinesischen Regierung ruft an und sagt, dass wir keinen Aktivismus betreiben sollen. Dass wir an unsere Familien vor Ort denken sollten. Manchmal bieten sie Geld an. Vor 2017 war es noch möglich, nach Ostturkestan zu reisen. Einige Exil-Uiguren wurden dort am Flughafen abgefangen, befragt und zur Spionage aufgefordert. Wer dieses Angebot ablehnte, wurde deportiert und bedroht. Manche haben eingewilligt und bei der Rückkehr nach Europa alle Verbindungen abgebrochen. Andere haben das vielleicht nicht getan, wir wissen es nicht.

Denken Sie, China wird seine Überwachungstechnologien in andere Länder exportieren können?

Diese Technologien werden in Ostturkestan getestet, danach werden sie in andere chinesische Regionen exportiert, dann in andere Länder. Auch nach Europa, zum Beispiel Serbien. Meinen Informationen zufolge haben insgesamt 18 Länder diese Möglichkeit bereits übernommen. Dank diesen Technologien werden Menschenrechtsverletzungen begangen. Sie sind nicht nur eine Bedrohung für die Uigurinnen und Uiguren, sondern auch für die Menschen in der Schweiz und eure nationale Sicherheit! Die Situation ist wirklich sehr ernst. Wir, die bereits Opfer dieser Überwachung sind, warnen euch davor, denn wir wollen nicht, dass die gesamte Weltgemeinschaft dem auch zum Opfer fällt.

Welche weiteren Folgen hat die Menschenrechtslage in Ostturkestan für die Weltgemeinschaft?

Die chinesische Regierung begeht Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Absichten der Kommunistischen Partei Chinas sind sehr ernst. Es ist nicht nur eine uigurische Angelegenheit, sondern es betrifft alle – wir sind alle in der Pflicht zu handeln! Die chinesische Regierung nutzt die Road-and-Belt-Initiative, um eine territoriale Expansion voranzutreiben. Diese Initiative ist der wahre Grund, wieso die Menschen in Ostturkestan leiden, aufgrund der wichtigen Lage der Region. Wir wollen die Welt warnen: Die Road-and-Belt-Initiative bringt keine Vorteile, sie ist lediglich ein Instrument für Chinas Machtausdehnung.

Interview: **Corinne Bächtold** GfbV-Praktikantin Kommunikation

Uigurischer Weltkongress:
www.uyghurcongress.org/de/

